

gewisse Regula Fidei oder eine Kurzform des Glaubens, ein Grundstock an gewissem „Credo“, über das Einverständnis herrscht. Wir gebrauchen absichtlich einen Begriff der Doxologie. Die lutherischen Bischöfe beziehen sich nicht auf ein solches Credo, und gerade das erwartet man von ihnen. Zweitens kann heute ein Lehramt von Bischöfen auch im lutherischen Verständnis schwerlich ohne die erkennbare Mitwirkung der Fachleute, d. h. der

Universitätstheologen, zu nachhaltiger Wirkung gebracht werden, jener Theologen, die bis dato das Lehramt für sich in Anspruch genommen haben. Diese offene Frage bedarf noch einer organisatorischen Lösung (übrigens nicht nur bei den Lutheranern). Sonst könnte die Bekenntnisbewegung einwenden: „Jesus kenne ich, auch Paulus ist mir bekannt, aber wer seid denn ihr?“ (Apg. 19, 15).

Die Kirche in den Ländern

Politische und kirchliche Entwicklung in Guinea

Westafrika erlebte 1966 größere Veränderungen der politischen Machtverhältnisse. Mehrere Länder wurden von Staatsstreichern betroffen. In Ghana hat ein noch nicht sehr stabilisiertes Militärregime die Nachfolge Nkrumahs angetreten. In Nigeria dauern die internen Auseinandersetzungen und die Stammeskämpfe, die die Einheit des Landes bedrohen, an. Machtstreben der politischen Eliten, Korruption, Tribalismus, außenpolitische Einflüsse im Kraftfeld der Ost-West-Spannungen und wirtschaftliche Faktoren, z. B. die immer angespannte Ernährungslage, bilden den afrikanischen Hintergrund dieser politischen Verschiebungen. Zwei Grundtendenzen lassen sich dabei feststellen: In den „gemäßigeren“ Zonen hat sich der Einparteiensstaat deutlich durchgesetzt und bildet gegenwärtig die einzig mögliche Voraussetzung für eine mühsame wirtschaftliche und gesellschaftliche Aufwärtsentwicklung; in den politisch „heißen“ Gebieten werden Militärregimes immer mehr zum gewiß fragwürdigen Garanten einer wenigstens äußeren politischen Ordnung.

Regierung und Opposition

Trotz der Unruhen und Umstürze in den Nachbarstaaten konnte sich bisher das Regime Sékou Tourés behaupten. Es fehlte zwar auch hier nicht an innenpolitischen Auseinandersetzungen und Umsturzversuchen. Seit 1960 wurden in Guinea nicht weniger als fünf „Verschwörungen“ aufgedeckt. Das letzte, wohl gefährlichste Komplott datiert aus dem Jahre 1965. Die Opposition gegen Sékou Touré und sein Einparteiensystem — Sékou Touré vereint in seiner Person die Ämter des Staats-, Regierungs- und Parteichefs — ist organisiert in der sogenannten Guinesischen Befreiungsfront (Front de Libération National de Guinée — FLNG). In ihr haben sich die verschiedenen Exilgruppen im Ausland zusammengeschlossen. Die Mitgliederzahl dieser Organisation wird mit 600 000 angegeben. Die einflußreichste Gruppe innerhalb der Befreiungsfront bildet gegenwärtig wohl das „Regroupement des Guinéens au Sénégal“, an dessen Spitze der einzige Exilpolitiker steht, der sich an Popularität mit dem Staatschef messen könnte: der Gewerkschaftler David Soumah. Soumah verließ Guinea bereits 1958 und ging nach Dakar ins Exil. Er genießt aber in Guinea auch heute noch großes Ansehen und verfügt im Lande selbst noch über einen starken Anhang. Die senegalesische gewerkschaftliche Oppositionsgruppe, an deren Spitze er steht, verfügt über Mitglieder und Einfluß in allen Französisch sprechenden Ländern Afrikas.

Trotz der inneren Unruhe und der Opposition von außen scheint sich Sékou Touré jedoch zu behaupten. Und man wird nicht leugnen können, daß es dem in den kommunistisch gesteuerten Gewerkschaften (CGT) großgewordenen Staatschef (vgl. Sékou Touré, *Expérience Guinéenne et Unité Africaine*, Paris 1961) seit dem Austritt aus der Französischen Gemeinschaft 1958 gelungen ist, seine Macht im Innern mit Hilfe der von ihm geleiteten Einheitspartei (Parti Démocratique de Guinée — PDG) so auszubauen, daß er nicht nur über eine feste Basis in den Parteikadern, sondern auch im Volk verfügt. Durch straffe Organisation der Einheitspartei und der dieser angeschlossenen bzw. inkorporierten Jugendverbände, Gewerkschafts- und Frauenorganisationen ist eine relativ wirksame Präsenz in den traditionellen Gesellschaftsstrukturen der Dorfgemeinschaften und Stammesgliederungen, die durch das Regime nicht aufgelöst oder abgebaut werden, sondern vielmehr die Basis für einen in afrikanischer Tradition wenigstens ideologisch verwurzelten „socialisme communautaire“ bilden sollen, gesichert. Es gibt heute wohl in ganz Afrika kein Land mit einer so durchorganisierten und straff geführten politischen Organisation wie dieser Partei. Sie bildet das notwendige und gegenwärtig wohl einzig wirksame Bindeglied zwischen den nationalen Institutionen und den Stammesgemeinschaften. Wenn man heute feststellen kann, daß die interethnischen Beziehungen in der Republik Guinea sich als relativ offen und friedlich erweisen, so hat die straffe Gliederung und die örtliche Präsenz der Partei daran gewiß einen beträchtlichen Anteil.

Störungen größeren Ausmaßes in den Stammesbeziehungen werden erst wirksam, wenn sie einer entsprechenden äußeren Beeinflussung ausgesetzt sind. Hier versucht die Befreiungsfront anzusetzen, wobei ihr die schwierige wirtschaftliche Situation und die immer noch prekäre Ernährungslage den politischen Propagandastoff liefert. Wieweit die Opposition mit der Förderung stammesmäßiger Verselbständigung bereits Erfolg hatte, läßt sich im Augenblick schwer übersehen. Ihre Politik der Heraushebung der stammesmäßigen Unterschiede könnte allerdings im Falle eines politischen Umsturzes schwerwiegende Folgen für die nationale Einheit des Landes zeitigen.

Gerade an diesem Sachverhalt wird der afrikanische Hintergrund des von Sékou Touré propagierten „Solidaritätssozialismus“, der wirtschaftlich auf altafrikanischer Kollektivarbeit aufbaut und z. B. durch Zwangsverpflichtung zu unbezahlten Aufbauleistungen (*investissement humaine*) wenigstens für europäische Begriffe sehr weit in die individuellen und gesellschaftlichen Freiheitsrechte

eingreift, sichtbar (vgl. Doudou Thiam, *La Politique Étrangère des États Africains* 1963). Immerhin ist auf diesem Fundament, als dessen politisch-organisatorischer Ausdruck die Einheitspartei anzusehen ist, die Förderung eines wenigstens rudimentären nationalen Solidaritätsgefühls, das die Dorf- und Stammesgemeinschaft übersteigt, ohne sie aufzulösen, möglich (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 326).

Die außenpolitischen Beziehungen

Außenpolitisch sind die engen Beziehungen des Regimes zu den kommunistischen Staaten, sowohl zur Sowjetunion wie zu Rotchina, ein Faktum. Diese Beziehungen hatten freilich seit der Unabhängigkeit des Landes eine durchaus wechselvolle Geschichte. Nachdem Guinea unter der Führung Sékou Tourés 1958 den Austritt aus der Französischen Gemeinschaft vollzogen hatte, zog Frankreich sich nicht nur politisch aus dem Lande zurück, sondern entzog Guinea auch seine wirtschaftlich-technische Unterstützung. Es ist also kaum verwunderlich, daß angesichts dieses Verhaltens Frankreichs und mancher Versäumnisse anderer westlicher Länder die kommunistische Propaganda Erfolg hatte und die Ostblockstaaten das durch den Rückzug Frankreichs entstandene politische und wirtschaftliche „Vakuum“ zu füllen bzw. zu ihren Gunsten durch eine propagandistisch hochgespielte Entwicklungshilfe und ideologische Beihilfen auszunutzen suchten.

In den Jahren 1959 und 1960 besuchte Sékou Touré zweimal die Sowjetunion. In diesem ersten Stadium der Unabhängigkeit erreichten die guinesisch-sowjetischen Beziehungen ihren eigentlichen Höhepunkt. Die Sowjetunion leistete nicht nur Unterstützung beim Aufbau der Verkehrswege und des Transportwesens, sondern half dem jungen Staat bei der Fundamentierung einer „sozialistischen“ Wirtschaftsordnung nach sowjetischem Muster. Diese ideologisch-politische Hilfe erwies sich aber als wenig realistisch und trug dazu bei, daß das Land von Jahr zu Jahr in eine immer katastrophalere Ernährungskrise hineingetrieben wurde, die heute noch nachwirkt. In den späteren Jahren schob sich der chinesische Einfluß in den Vordergrund.

Erste Konflikte mit der Kirche

Während dieser ersten Periode des „antiimperialistischen“ Ressentiments und des steigenden kommunistischen Einflusses spitzten sich auch die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche des Landes und dem Regime Sékou Tourés zu. Kirchliche Bauten wurden konfisziert, die Missionsschulen verstaatlicht, die christlichen Gewerkschaften, die weit über die kleine Zahl der Christen hinaus Einfluß ausübten, wurden der von der Einheitspartei kontrollierten Einheitsgewerkschaft eingegliedert. Die katholischen Jugendverbände wurden aufgelöst bzw. den staatlichen Jugendorganisationen inkorporiert. Zum offenen Konflikt kam es aber erst, als der damalige aus Frankreich stammende katholische Erzbischof Milleville von Conakry des Landes verwiesen wurde. Anlaß dazu war ein Hirtenschreibens des Erzbischofs, in dem dieser gegen die Schließung der letzten Missionsschulen durch die Regierung protestierte und die Kirche energisch gegen den Vorwurf des Bündnisses mit der ehemaligen Kolonialmacht in Schutz zu nehmen suchte (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 115). Doch dürften die damaligen außenpolitischen Zusammenhänge auf das Verhalten gegenüber der katholischen Kirche kaum von großem Einfluß gewesen

sein. Es ging dabei keineswegs um einen kommunistisch gefärbten Kirchenkampf. Der Grund kirchenfeindlicher Maßnahmen war anderswo zu suchen: 1. in den Voraussetzungen des eben sich mühsam konsolidierenden Regimes, in denen für autonome kirchliche oder christlich beeinflusste Organisationen, die in den öffentlichen sozialen und politischen Raum hineinwirkten, kein Platz zu sein schien, 2. in der noch fortdauernden geistigen und ideologischen Abwehrhaltung gegenüber der ehemaligen Kolonialmacht. Man verwechselte allzu leicht, wenn auch nicht ohne Grund, die Kirche, ihre Präsenz und ihre Missionsarbeit mit den Interessen und Methoden kolonialer Mächte. Die so verstandene Position der Kirche vertrug sich schlecht mit den Bemühungen des Regimes um den Aufbau eines einheitlichen, „afrikanischen“, von kolonialer Überfremdung freien Staatswesens. Die damals noch mehrheitlich französische kirchliche Leitung schien ihrerseits in Vorstellungen befangen, die in das neue Staatsgefüge wenig paßten, und zeigte sich dem notwendigen Anpassungsprozeß nicht genügend gewachsen. Aber schon damals fiel auf, daß von seiten des Vatikans die Auseinandersetzungen mit großer Zurückhaltung behandelt wurden (vgl. Herder-Korrespondenz 16. Jhg., S. 115).

Der sowjetische und chinesische Einfluß

Wie in den Beziehungen gegenüber der Kirche von damals darf man auch in der Gesamtbeurteilung der Politik Sékou Tourés die Bindungen an die kommunistischen Staaten, speziell an die Sowjetunion, nicht überschätzen. Die guinesisch-sowjetischen Beziehungen gerieten bereits 1961 in eine Krise, als anläßlich einer von der Lehrerschaft ausgehenden Verschwörung gegen den Staatspräsidenten der sowjetische Botschafter in Conakry der Komplizenschaft beschuldigt wurde. Sékou Touré benutzte damals die auch innenpolitisch nicht ungünstige Gelegenheit, sich von der Sowjetunion zu distanzieren. Gewiß weist auch heute noch der Ostblock eine starke Präsenz im Lande auf. Heute noch stößt der Guinea-Reisende auf zahlreiches sowjetisches Personal und technisches Instrumentarium sowjetischer Herkunft.

Auch die chinesische Präsenz ist nach wie vor nicht zu übersehen. Gegenwärtig schätzt man die Zahl der chinesischen Techniker, die sich im Lande aufhalten, auf 800, doch scheinen bisher die Chinesen in der Entwicklung wirkräftiger Methoden nicht viel mehr Glück gehabt zu haben als die Sowjets. Man wirft ihnen vor, sie ließen es an der notwendigen Anpassung mangeln, da sie die von ihnen finanzierten Projekte größtenteils auch selbst durchführen und die Einheimischen sich deswegen über mangelnde Arbeitsmöglichkeiten beklagen und zugleich den Chinesen den Vorwurf machen, sie unterließen es, die Afrikaner zu einer angemessenen Mitverantwortung bei der Durchführung ihrer Vorhaben heranzuziehen. Das Freundschaftsverhältnis zu China wurde zwar durch den Besuch von Ministerpräsident Tschou En-lai im Jahre 1964 konsolidiert, doch hatte Sékou Touré durch seine Balance-Politik des „positiven“ Neutralismus zwischen Ost und West ein gefährliches Anwachsen des chinesischen Einflusses von innen her zu unterbinden gewußt.

Wirtschaftliche und ideologische Faktoren

Seit 1961 haben vor allem die USA wieder stärker Fuß gefaßt, und diese sind heute wohl auch für Guinea die Macht, von der das Land am meisten in seiner wirtschaftlichen Existenz abhängt. Bereits im Jahre 1963 hatten

die Vereinigten Staaten zur Milderung der Ernährungs-
krise Nahrungsmittel im Werte von 20 Millionen Dollar
kostenlos nach Conakry entsandt. 1964 gewährten die
USA eine Anleihe von 24 Millionen Dollar (vgl. Afrika-
Forum, Mai 1965, S. 22). Gegenwärtig liefert Amerika
jährlich Lebensmittel im Werte von 11 Millionen Dollar
und gewährt Kredite und Kapitalinvestitionen von vier
Millionen Dollar. Der kräftige wirtschaftliche Einfluß der
Vereinigten Staaten hindert Sékou Touré jedoch nicht,
seine Unabhängigkeit diesen gegenüber zu demonstrieren.
Erst kürzlich wurden 64 amerikanische Friedenskorp-
sangehörige ausgewiesen. Grund für diese Maßnahme war
ein Zwischenfall im Oktober 1966. Damals wurde der
guinesische Außenminister, als er in Accra in einem ame-
rikanischen Flugzeug landete, von den ghanaischen Mi-
litärbehörden gefangengesetzt.

Wie immer man die wechselnden politischen Ereignisse
und Einflüsse einschätzt, es wäre sicher verfehlt, das Re-
gime Sékou Tourés allzu großer Kommunistenfreundlich-
keit zu bezichtigen oder den Staatschef selbst als Kommu-
nisten oder als Handlanger der Kommunisten anzusehen.
Auch wenn das Reservoir an politischen Tagesparolen
und Schlagworten kommunistischer Ideologie entnommen
ist, so haben dieselben Schlagworte im Munde eines afri-
kanischen Politikers, auch wenn er sich autoritärer oder
totalitärer Methoden bedient, eine andere Bedeutung als
im Verständnis der Sowjets. Wenn hier über Kapitalis-
mus und Imperialismus gewettert wird, so hat das wenig
mit kommunistischer Klassenkampftheorie gemein. Im
Mittelpunkt steht nicht der Klassenkampf, sondern die
„Revolution“ gegen den Kolonialismus, gegen das „Kapi-
tal“, und damit meint Sékou Touré die ehemalige Kolo-
nialmacht wie überhaupt das westliche, für den Afri-
kaner kolonialistisch gefärbte Ausland. Noch weniger
kann der afrikanische Sozialismus als Theorie und Pra-
xis — auch nicht in seiner guinesischen Spielart — mit
marxistischer Ideologie verwechselt werden. Mögen sich
die Methoden in manchem ähneln, so kann man die be-
wußte ideologische Anknüpfung an Elemente traditi-
onellen afrikanischen Gemeinschaftsbewußtseins nicht über-
sehen, bei der es sich nicht nur — wenn gewiß auch —
um ideologische Verbrämung einer bestimmten totalitär
angehauchten politischen Aktionsform handelt und um
ein Schlagwort politischer Selbstbehauptung, sondern
auch positiv um die sozio-kulturelle Weiterentwicklung
des „Afrikanischen“.

Die religiöse Struktur des Landes

Die religiöse Struktur des Landes ist selbstverständlich
nicht ohne Einfluß auf die politischen Zusammenhänge:
Auch wenn es verfassungsmäßig keine Privilegierung
einer Religionsgemeinschaft gibt, so ist das Land doch
weitgehend aufgrund der zahlenmäßigen Stärke vom Is-
lam geprägt. Von 3 420 000 Einwohnern des 245 857 qkm
großen Landes gehören ungefähr drei Fünftel zum Islam.
Der Rest setzt sich zusammen aus Angehörigen animisti-
scher afrikanischer Naturreligionen. Die christlichen Min-
derheiten machen nur bis zu 2% der Gesamtbevölkerung
aus. Der vom Stamm der Fulbe — der größten Stammes-
gemeinschaft Guineas — bewohnte Südosten des Landes
ist fast ausschließlich von islamischer Bevölkerung besiedelt.
Vor der französischen Eroberung bestand hier ein
islamisches Staatswesen mit stark theokratischen Zügen.
Etwas stärker vertreten sind die christlichen Gemein-
schaften unter den übrigen Stämmen des Landes, vor allem

im Küstengebiet und im Nordosten des Landes, wo die
traditionellen Stammesreligionen vorherrschen. Spielte
die katholische Kirche trotz ihrer geringen Gläubigenzahl
in der Öffentlichkeit des Landes, wenigstens bis zur
Machtergreifung von Sékou Touré, eine beträchtliche
Rolle, so treten die evangelischen Religionsgemeinschaften
im Gesamtbild des Landes wenig in Erscheinung. Ihre
Bedeutung hat aber mit der Verdichtung der internati-
onalen Beziehungen und dem Ausbau der Entwick-
lungshilfe zugenommen. Wo die traditionellen afrikanischen
Religionsformen vorherrschen, erscheinen diese noch un-
gebrochen. Die europäische Zivilisation, die das Land
überzieht, hat hier gewiß die Oberfläche verändert, aber
das religiöse Traditionsgut keineswegs verdrängt. Gerade
in Guinea kann von einem religiösen Vakuum im Über-
gang von der „Primitivgesellschaft“ zu den modernen
Kulturformen nicht gesprochen werden. Es mag aller-
dings sein, daß hier durch die Betonung der Afrikanität
durch die offizielle Ideologie einiges überbrückt oder min-
destens zugedeckt wird. Der Einfluß des Islam ist seit der
Unabhängigkeit des Landes gewiß größer geworden, und
seine Bedeutung ist noch im Zunehmen. Der Islam selbst
ist nicht ohne politische Tendenzen. Seine Vorherrschaft
zeichnet sich schon darin ab, daß die führende Schicht des
Landes durchwegs islamisch ist. Aufgrund der islamischen
Mehrheit der Bevölkerung erklären sich auch die engen
politischen Beziehungen zu den arabischen Staaten. Ge-
genwärtig scheint Sékou Touré jedoch weniger der Politik
Nassers zuzuneigen als dessen Gegenspieler Saudi-Ara-
bien. Seit dem Besuch König Feisals im vergangenen Jahr
in Guinea und in dessen Nachbarländern zeichnet sich
diese Tendenz deutlicher ab.

Die katholische Kirche: eine verschwindende Minderheit

Die katholische Kirche bildet, wie schon gesagt, nur eine
verschwindende Minderheit der Bevölkerung. Obwohl
bereits im Jahre 1897 in Conakry die erste Apostolische
Präfektur errichtet wurde, gibt es bis heute nach der Be-
endigung der französischen Kolonialherrschaft nicht mehr
als 30 000 Katholiken. Dazu werden gegenwärtig noch
10 000 Katechumenen gezählt. Fast die Hälfte der katho-
lischen Einwohner (14 286) gehören zur Erzdiözese
Conakry, die von dem afrikanischen Erzbischof Tschidimbo
geleitet wird. Die zweite Diözese, N'zerekore, die
von den Weißen Vätern betreut wird und an deren Spitze
ein Bischof Schweizer Herkunft steht, zählt nur 4971
Katholiken und nach Angaben der Diözesanbehörden
ca. 6000 Katechumenen. Die Apostolische Präfektur
Kankan im Südosten wird von einem Schweizer Spiritaner
geleitet und zählt 7600 Katholiken und ca. 2000
Katechumenen.

In den drei genannten Kirchensprengeln, die 21 Pfarreien
umfassen, arbeiten nur sieben afrikanische Priester.
Hinzu kommen 80 europäische Missionare, 70 Ordens-
schwwestern und 10 Brüder. Die geringe Zahl einheimischer
Priester macht deutlich, daß die Bemühungen um die
Afrikanisierung der Kirche unter der französischen Kolo-
nialherrschaft nur sehr langsame und späte Fortschritte
gemacht hat. Trotz der großen Schwierigkeiten, mit denen
die Kirche seit 1961 — also seit dem Verbot der letzten
Missionsschulen und der Ausweisung des damaligen Erz-
bischofs von Conakry — infolge Verminderung ihres
Öffentlichkeitseinflusses zu kämpfen hat, zeigen die Sta-
tistiken seither ein stetes, wenn auch langsames Anwachs-
en der katholischen Bevölkerung. Statistische Vergleiche

mit früher sind nicht möglich. Doch wird von kirchlicher Seite zugegeben, daß die zahlenmäßige Zunahme der Katholiken etwas nachgelassen hat, seitdem die Missionschulen, die katholischen Verbände und Gewerkschaften als äußere Stützen der Kirche in der Evangelisationsarbeit ausgefallen sind. Aber gerade der Ausfall dieser institutionellen Hilfen hat zu einer Neubesinnung auf die eigentliche missionarische Arbeit geführt.

Missionarische Neuorientierung

Diese Neubesinnung erwies sich als um so fruchtbarer, als nach den ersten Schwierigkeiten des Überganges und der Ernennung eines einheimischen Erzbischofs für Conakry sich vorübergehend eine Entspannung zwischen Kirche und Staat bzw. zwischen Kirche und Einheitspartei abzeichnete. Diese Entspannung war wohl zu einem guten Teil auch auf das persönliche gute Verhältnis zwischen Erzbischof Tschidimbo und dem Staatspräsidenten zurückzuführen. Das heißt jedoch nicht, daß die Kirche unter afrikanischer Führung sich zum Werkzeug in ideologischen oder politischen Machtkämpfen mißbrauchen ließ. Als Sékou Touré nach dem Sturz Nkrumahs das Volk zum offenen Kampf gegen Ghana aufforderte, trat der Erzbischof dem Präsidenten durch einen öffentlichen Tadel entgegen. Die Kirche ist aber bereit, die staatlichen Behörden und die Partei in allen Bereichen, wo positive Arbeit geleistet wird, zu unterstützen. Erzbischof Tschidimbo bekannte sich zudem bereits bei seiner Inthronisation ausdrücklich zum afrikanischen Sozialismus und zur guinesischen „Revolution“.

Sie bemüht sich aber nicht bloß um äußere Anpassung, sondern um eine tiefgehende Neuorientierung ihrer Missionsarbeit. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit war es für die meisten Missionare noch unvorstellbar, wie die Kirche ohne die Missionsschulen, ohne das kirchliche Verbandswesen und den caritativen Dienst, z. B. in der Gesundheitspflege, weiterexistieren bzw. weitermissionieren könne. Durch die Not gezwungen, ist man jedoch zur Erkenntnis gekommen, daß eine institutionell möglichst gesicherte Kirche in einem Missionsland nicht die einzige und nicht einmal die beste Basis der Evangelisation garantiert.

Wenn zunächst nach der Erlangung der Unabhängigkeit des Landes der Konflikt zwischen Regierung und Kirche unvermeidlich schien, so war wohl auch der Umstand mit ein Grund, daß man sich von seiten der Kirche bzw. der Missionare nicht rechtzeitig darüber Rechenschaft gab, daß man in dem politisch selbständig gewordenen Lande für die eigene Geltung in der Öffentlichkeit nicht mehr dieselben Maßstäbe anlegen konnte wie noch unter der französischen Herrschaft und man nicht genügend Rücksicht auf die nachkolonialen Empfindlichkeiten der Bevölkerung und der politischen Führung nahm. Man hatte die Folgen des Entkolonisierungsprozesses für die Kirche und die Missionsarbeit noch nicht durchschaut.

Katechetische Bemühungen

Inzwischen hat sich die Kirche an die Folgen ihres Öffentlichkeitsverlustes gewöhnt. Im gleichen Maße hat sich auch das Verhältnis zur Regierung entspannt, auch wenn es weiterhin nicht an Einzelfällen fehlt, die zu unliebsamen Reibungen führen. Die stärkere Konzentration auf die eigentlich missionarischen Aufgaben führte vor allem zu einer Reaktivierung und Vertiefung des religiösen Unterrichts. War früher die Schule das Instrument reli-

giöser Beeinflussung und Bildung, so war man nach der Verstaatlichung der Missionsschulen gezwungen, sich stärker auf die eigentliche Katechese zu verlegen. In allen drei Diözesen wurden eigene katechetische Ausbildungszentren errichtet, in denen man sich um eine gründlichere religiöse und menschliche Schulung der Katechisten bemüht.

Besonders großen Wert legt man auf die Weiterbildung der Katechisten. In den meisten Pfarreien kommen die Katechisten an den Wochenenden zusammen, um gemeinsam mit dem Missionar das Wochenprogramm zu besprechen, die gemeinsamen Probleme durchzusprechen und allgemeine seelsorgliche Fragen zu klären. Auch bemüht man sich zur Unterstützung der Arbeit der Katechisten, passendes und der afrikanischen Mentalität angepaßtes Illustrationsmaterial und religiöses Schrifttum zur Verfügung zu stellen.

Neue Formen kirchlicher Präsenz

Mehr und mehr hat man die überragende Bedeutung der Katechisten nicht nur für die religiöse Unterweisung, sondern überhaupt für eine wirksame Präsenz der Kirche in der Bevölkerung, unter der sie kaum noch über institutionelle Stützen verfügt, erkannt. Die Katechisten haben die Möglichkeit mit dem Volke zu leben und sich in ihrer Mentalität zu bewegen. Deswegen ist man gegenwärtig bestrebt, mit der religiösen Schulung der Katechisten auch eine entsprechende sozio-ökonomische Ausbildung zu verbinden. Auf diese Weise werden die Voraussetzungen geschaffen, daß sie auch stärker in den wirtschaftlich-sozialen Entwicklungsprozeß des Landes eingeschaltet werden. Solche Bestrebungen werden von der Regierung nicht nur geduldet, sondern bewußt gefördert. So haben sich im Rahmen der Entwicklungshilfe für die Kirche wieder neue Wirkmöglichkeiten eröffnet. Es geht dabei nicht um die Rückgewinnung verlorenen Einflusses, sondern um einen echten Dienst am Volk. Es gibt Sektoren, vor allem den Gesundheitssektor, wo die Regierung den kirchlichen Stellen neuerdings entgegenkommt, nachdem der staatliche Gesundheitsdienst, teils wegen Korruption, teils wegen organisatorischen und materiellen Mängeln nicht in der Lage war, wenigstens die grundlegende medizinische und hygienische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen. In verschiedenen Pfarreien wurden Dispensarien eröffnet, in denen vor allem Entwicklungshelferinnen aus Deutschland und aus der Schweiz wirken. Neue Möglichkeiten sozialen Wirkens ergeben sich auch in der landwirtschaftlichen Entwicklungshilfe.

Diese fruchtbaren Neuansätze kirchlichen Wirkens in Guinea werden jedoch in Frage gestellt durch Ereignisse der allerletzten Zeit, die nicht nur die katholische Kirche, sondern auch die anderen christlichen Gemeinschaften in ihrem Lebensnerv treffen könnten. Anfang Mai wurde eine Verordnung des Staatspräsidenten Sékou Touré bekannt, nach der alle nichtafrikanischen Missionare zum Verlassen des Landes gezwungen werden sollen (vgl. DIA, 10. 5. 67). Diese Androhung kam für Beobachter von außen unerwartet. Offenbar — das geht auch aus einer Meldung der Wochenzeitung „L'effort camerounais“ (17. 5. 67) hervor — handelt es sich der Hauptsache nach um ein Ablenkungsmanöver gegenüber den wachsenden innen-, vor allem wirtschaftspolitischen Schwierigkeiten, die Guinea an den Rand einer Hungersnot gebracht haben.